

## **Antrag**

**der Abgeordneten Peter Friedrich, Dr. Carsten Sieling, Garrelt Duin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ingrid Arndt-Brauer, Doris Barnett, Klaus Barthel, Lothar Binding (Heidelberg), Martin Dörmann, Petra Ernstberger, Martin Gerster, Iris Gleicke, Hubertus Heil (Peine), Rolf Hempelmann, Petra Hinz (Essen), Nicolette Kressl, Ute Kumpf, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Bernd Scheelen, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wicklein, Manfred Zöllmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Finanzierungsbedingungen des Mittelstands verbessern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mittelständische Unternehmen bilden einen zentralen Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Sie sind Motor für Wachstum und Beschäftigung und haben damit eine herausragende Bedeutung für die Konjunktur und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Dementsprechend kommt eine adäquate Unterstützung des Mittelstandes nicht nur den betreffenden Unternehmen zugute, sondern liegt überdies im gesamtwirtschaftlichen Interesse: Die sichere und ausreichende Finanzierung ist für das Wachstum des Mittelstandes von zentraler Bedeutung. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen einiger konjunkturell nachlaufender Branchen stoßen jedoch auch in der aktuellen Aufschwungphase auf Finanzierungsschwierigkeiten. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich.

Obwohl kleine und mittelständische Unternehmen die Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkenswert gut überstanden haben, leiden sie oftmals an einer dünnen Eigenkapitaldecke. Vor allem kleinere Betriebe haben nach der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) „Kreditkonditionen“ vom Februar 2011 beim Eigenkapital eher Schwierigkeiten: Jedes vierte kleine Unternehmen (bis zu zehn Beschäftigte) hat aktuell Probleme, im Mittelstand (200 bis 1 000 Beschäftigte) ist es rund jedes siebte Unternehmen. Im Krisenjahr 2009 hat sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank das absolute Eigenkapitalvolumen der Unternehmen um 1,5 Prozent reduziert, während die Unternehmensbilanzen um 3,5 Prozent schrumpften, so dass sich die steigende Eigenkapitalquote mit Bilanzkürzungen erklärt (Bankenverband Februar 2011, Zur Lage der Unternehmensfinanzierung).

Die Zahlen verdeutlichen, dass die Eigenkapitalquote deutscher Mittelstandsunternehmen sowohl deutlich unter derjenigen von Großunternehmen liegt wie auch unter jener vergleichbarer Unternehmen in anderen europäischen Ländern. Dies ist insofern bedenklich, als die Innenfinanzierung in Form von Eigenkapital nach wie vor die Hauptfinanzierungsquelle für Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des Mittelstandes in allen Unternehmensphasen ist. Zudem stellt die Eigenkapitalbasis die zentrale Größe dar, von der der Zugang zu günstigen Bankkrediten abhängig ist. Diese sind nach wie vor die von kleinen und mittleren Unternehmen am meisten genutzte Form der Fremdfinanzierung.

Insbesondere seit den strikteren Regulierungen der Banken durch Basel II und Basel III, nach denen die Banken quantitativ mehr und qualitativ besseres Eigenkapital vorhalten müssen, spielt das Eigenkapital der Unternehmen bei der Vergabe von Krediten eine noch gewichtigere Rolle. Denn geringe Eigenkapitalquoten führen zu schlechten Ratings und somit zu schlechten Zinskonditionen bei der Kreditvergabe. Höhere Anforderungen an Sicherheiten sind neben den Zinsen laut der DIHK-Umfrage „Kreditkonditionen“ aktuell die höchste Kredithürde. Zwar sollen angemessene Übergangsfristen und Vertrauensschutzregeln die Einschränkung der Kreditvergabe der Banken verhindern. Nach Schätzungen der Bundesbank müssen die Banken hierzu aber in den kommenden Jahren ca. 50 Mrd. Euro neues Kernkapital bilden. Das kann im Ergebnis das insgesamt zur Verfügung stehende Kreditvolumen verringern. Andererseits kann infolge des Konjunkturaufschwungs mit einer steigenden Investitionsbereitschaft und einer steigenden Kreditnachfrage der Unternehmen gerechnet werden. Im Ergebnis steht einem verringerten Angebot eine zunehmend steigende Nachfrage gegenüber, was die Situation insgesamt verschärfen kann. Das kann auch Auswirkungen auf den Mittelstand haben, weil er im Gegensatz zu den Großunternehmen in der Regel nicht über einen direkten Zugang zum Kapitalmarkt verfügt und damit besonders stark von der Kreditvergabebereitschaft der Banken abhängig ist.

Zu den genannten Finanzierungsschwierigkeiten tritt hinzu, dass den mittelständischen Unternehmen vor allem die steigenden Rohstoff- und Energiepreise Sorgen bereiten, weil diese zu höheren Produktionskosten führen (siehe dazu Ernst & Young, Mittelstandsbarometer, Januar 2011, S. 22). Als Folge muss in diesen Bereichen mit verschärften Finanzierungsschwierigkeiten gerechnet werden: So befürchten nach dem Industriereport 2010/2011 des DIHK beispielsweise überdurchschnittlich viele Maschinenbauer Finanzierungsprobleme (22 Prozent; Durchschnitt der Industrie: 16 Prozent).

Darüber hinaus droht dem Mittelstand dieses Jahr eine milliardenschwere Finanzierungslücke: Betroffen sind ca. 650 mittelständische Unternehmen, die insgesamt 5 Mrd. Euro Eigenkapital aufnehmen müssen, um auslaufende Mezzaninfinanzierungen abzulösen. Da durch die Finanzkrise der Verbriefungsmarkt weitgehend ausgetrocknet ist, kann nur ein Bruchteil der Unternehmen die mezzanine Finanzierung aus eigener Kraft zurückzahlen. Auch hier sind vor allem mittelständische Unternehmen und Familienunternehmen betroffen.

Trotz der guten konjunkturellen Entwicklung bestehen somit weiterhin erhebliche Schwierigkeiten und Risiken bei der Finanzierung mittelständischer Unternehmen. So stellt auch der DIHK in seiner Gesamtbeurteilung zur Umfrage „Kreditkonditionen“ vom Februar 2011 fest, dass die Entwicklung bei den Finanzierungsbedingungen hinter der wieder sehr guten Geschäftssituation der Unternehmen zurückbleibt. Im Vergleich zur Vorumfrage vom Oktober 2010 sei die Kredithürde für die Wirtschaft sogar wieder etwas höher – mehr als jedes sechste Unternehmen berichtet aktuell von verschlechterten Kreditkonditionen oder abgelehnten Krediten. Im Übrigen kam schon diese DIHK-Studie vom Oktober 2010 zum Ergebnis, dass insbesondere die KFZ-Zulieferer, der Werkzeugmaschinenbau und die Schifffahrtsbranche der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei den Finanzierungsbedingungen deutlich hinterherlaufen. Insgesamt kann eine Schieflage zwischen elementarer Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft auf der einen Seite und seiner teilweise unbefriedigenden Finanzsituation auf der anderen Seite konstatiert werden.

Auch vor diesem Hintergrund war es ein Fehler, dass die Bundesregierung den Wirtschaftsfonds Deutschland zum Jahresende 2010 hat auslaufen lassen. Der Wirtschaftsfonds Deutschland war eine Erfolgsgeschichte für den Mittelstand. Aus den Mitteln des Fonds wurden rund die Hälfte an mittelständische Unternehmen vergeben. Der Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland war deshalb angesichts unterschiedlicher Entwick-

lungen von Branchen und Betriebsgrößen verfrüht – eine Weiterführung erfolgreicher Instrumente hat die Bundesregierung kategorisch abgelehnt.

Das Auslaufen des Wirtschaftsfonds Deutschland darf angesichts des noch nicht selbsttragenden Aufschwungs und weiter bestehender Finanzierungshemmnisse auch nicht dazu führen, dass sinnvolle Erweiterungen, die noch dazu nicht haushaltsrelevant sind, nicht fortgeführt werden: So sind parallel zum Wirtschaftsfonds Deutschland bestimmte Erweiterungen des Instrumentariums der Bürgschaftsbanken auf den Weg gebracht worden. Mit Hilfe dieser Maßnahmen konnten die Bürgschaftsbanken die Kreditversorgung des Mittelstands in der Krise in erheblichem Umfang stabilisieren. Diese Maßnahmen haben sich in der Praxis bewährt, was auch in der im Auftrag der Bundesregierung vorgenommenen Evaluierung des erweiterten Bürgschaftsprogramms zum Ausdruck gekommen ist. Die im Rahmen dieser Evaluierung durch die Firma McKinsey befragten Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Kreditinstitute und Bürgschaftsbanken beurteilten als wichtigste Erweiterungen des Bürgschaftsprogramms die Ausweitung der Möglichkeiten für Betriebsmittelfinanzierungen auf maximal 50 Prozent und die Einräumung einer Eigenkompetenz für die Bürgschaftsbanken für Bürgschaftsvolumina bis 150 000 Euro. Die Evaluierung kommt zu dem Ergebnis, dass für die Weiterentwicklung des Bürgschaftsprogramms geprüft werden müsse, welche Elemente auch über das Jahr 2010 hinaus fortgeführt und gegebenenfalls in das reguläre Angebot der Bürgschaftsbanken übernommen werden müssen.

In diesem Kontext ist es bedauerlich und unverständlich, dass das von den Bürgschaftsbanken zusammen mit den Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften Anfang 2010 neu zur Liquiditätsbereitstellung gestartete sogenannte Kombiprogramm von der Bundesregierung bereits zum Jahresende 2010 wieder eingestellt wurde. Denn das Kombiprogramm hat insbesondere den Mittelstand in der notwendigen Kreditversorgung unterstützt.

Die Finanzierungsbedingungen, insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen, müssen daher weiter verbessert werden. Die Bundesregierung tut zu wenig zur Unterstützung des Mittelstandes für eine nachhaltige Aufschwungs- und Wachstumsfinanzierung. Um dem Investitionsbedarf im Aufschwung gerecht zu werden und Liquiditätsengpässe zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen mittel- und langfristig zu minimieren, ist vor allem auch die Förderung alternativer Finanzierungsinstrumente weiter voranzutreiben. Eine Möglichkeit zur Steigerung von Eigenkapital kann in der vermehrten Nutzung von Private Equity liegen, also der langfristigen Bereitstellung von Eigenkapital für nicht-börsennotierte Unternehmen durch Investoren, die durch eine zeitlich begrenzte Beteiligung eine angemessene Rendite erzielen möchten. Vorteilhaft ist hierbei für das Unternehmen, keine banküblichen Sicherheiten vorweisen zu müssen. Vielmehr sind Private-Equity-Geber als Mitgesellschafter an Gewinnen wie Verlusten beteiligt. Die Akzeptanz von Private Equity steigt zusehends; Studien weisen sogar darauf hin, dass sich die Aufnahme von Beteiligungskapital zu einer der bedeutendsten Alternativen für die Mittelstandsfinanzierung entwickeln könnte. Es ist zu prüfen, ob und an welchen Stellen die Rahmenbedingungen für private Beteiligungsgesellschaften verbessert werden können.

Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken haben sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise als verlässliche Partner der mittelständischen Unternehmen erwiesen. Eine Mittelstandsanleihe ist über diese Finanzierungsangebote hinaus ein geeignetes Instrument, mit dem der Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft im Land mittelfristig zu annehmbaren Konditionen sichergestellt werden kann. Kreditanfragen mittelständischer Unternehmen könnten zu einer zeichnungsfähigen Anleihe gebündelt auf den Markt gebracht werden. Damit ein attraktives Wertpapier entsteht, das insbesondere für institutionelle Anleger attraktiv wäre, müsste ein Teil des Ausfallsrisikos verbürgt werden. Mit der Mit-

telstandsanleihe wäre ein Instrument geschaffen, das den Unternehmen ihre Fortentwicklung für die Zeit des Aufschwungs sicherstellt.

Zudem sollten über die Einrichtung eines erweiterten Mikrobürgschaftsprogramms durch die Bürgschaftsbanken Personen mit niedrigem Kapitalbedarf Kredite angeboten werden, die von Banken für gewöhnlich nicht bedient werden. In diesen Fällen sind insbesondere Haftungserleichterungen gegenüber bereits bestehenden Programmen zu prüfen. Des Weiteren sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Kommunikation zwischen mittelständischen Unternehmen und Kreditinstituten weiter zu verbessern. Gerade für mittelständische Kreditnehmer ist häufig nicht nachvollziehbar, anhand welcher Kriterien ihre Kreditwürdigkeit auf- bzw. vor allem abgewertet wird. Bankkunden müssen – unter angemessener Wahrung der Geschäftsgeheimnisse kreditvergebender Banken – möglichst umfassend und selbsttätig über die Kriterien des angewandten Ratings und dessen Ergebnisse informiert werden. Um die Auswirkungen von Veränderungen der Bankenregulierung auf die Finanzierungsbedingungen im Mittelstand genauer abschätzen zu können, muss in geeigneter Form die Erstellung einer Wirkungsstudie vorangetrieben werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

zur Sicherstellung der Mittelstandsfinanzierung

- in einer gemeinsamen Anstrengung von Staat und Finanzwirtschaft eine Mittelstandsanleihe aufzulegen, die den steigenden Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft zu annehmbaren Konditionen sicherstellen kann,
- das von den Bürgschaftsbanken gemeinsam mit den Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften aufgelegte Kombiprogramm zur Liquiditätssicherung für kleine und mittlere Unternehmen durch Bereitstellung von Betriebsmitteln und eigenkapitalstärkendem Beteiligungskapital weiterzuführen. Bewährte Erweiterungen des Instrumentariums der Bürgschaftsbanken sind ebenfalls fortzusetzen. Konkret sind dies folgende Maßnahmen:
  - Die prozessbeschleunigende Eigenkompetenz für Bürgschaftsentscheidungen bis zu 150 000 Euro,
  - der von 1 auf 2 Mio. Euro heraufgesetzte Bürgschaftshöchstbetrag,
  - die von 35 auf 50 Prozent erhöhte Sollgrenze für den Betriebsmittelanteil am Gesamtobligo einer Bürgschaftsbank.

Eine Evaluierung dieser Regelungen ist innerhalb von zwei Jahren vorzusehen,

- die Einrichtung eines erweiterten Mikrobürgschaftsprogramms durch die Bürgschaftsbanken zu unterstützen, über das Gründer mit vergleichsweise geringem Kapitalbedarf eine Finanzierung erhalten. In diesen Fällen sind insbesondere Haftungserleichterungen gegenüber bereits bestehenden Programmen zu prüfen,
- zu prüfen, ob und an welchen Stellen die Rahmenbedingungen für private Beteiligungsgesellschaften verbessert werden können,
- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Kommunikation zwischen mittelständischen Unternehmen und Kreditinstituten weiter zu verbessern und
- eine Studie auf den Weg zu bringen, die die Auswirkungen von Veränderungen der Bankenregulierung auf die Finanzierungsbedingungen im Mittelstand dokumentiert, insbesondere wenn die Erhöhung des Eigenkapitals der Banken schneller voranschreitet als der in Basel III vorgesehene Anpassungspfad.

Berlin, den 23. März 2011

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**